

## Kantonsrat

**Parlamentsdienste** 

Rathaus / Barfüssergasse 24 4509 Solothurn Telefon 032 627 20 79 Telefax 032 627 22 69 pd@sk.so.ch www.parlament.so.ch

## Medienmitteilung

## FIKO stimmt zwei Gesetzesänderungen zu

Solothurn, 18. September 2014 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) hat der Einführung einer Gebühr für die Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht zugestimmt. Ebenfalls hat sie der Streichung von Fusionsbeiträgen an die Gemeinden zugestimmt. Ferner lehnt sie einen Auftrag ab, der Personen mit bescheidenem Einkommen steuerlich entlasten will, und unterstützt einen Auftrag, der den Pendlerabzug begrenzen will.

Im Kanton Solothurn war bisher die Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht kostenlos. Die FIKO stimmt einer Gesetzesänderung bzw. der Einführung einer Gebühr zu, welche die Verfahrenskosten deckt. Ebenfalls stimmt sie einer Änderung des Gemeindegesetzes zu, welche die Streichung von Fusionsbeiträgen an die Gemeinden zum jetzigen Zeitpunkt bringt. Sie ist überzeugt, dass die Beiträge kein Hauptargument für die Zusammenlegung von Gemeinden bedeuten. Die Regelung soll aber als Kannformulierung im Gesetz bleiben. Damit könnten die Fusionsbeiträge unbürokratisch wieder einführt werden, sofern der Kanton wieder über genügenden finanziellen Handlungsspielraum verfügt und das gewünscht wird.

Der Auftrag von Susanne Schaffner (SP, Olten) verlangt, dass Personen mit bescheidenem Einkommen weniger Steuern bezahlen. Obwohl die Forderung einigen FIKO-Mitgliedern sympathisch ist, stimmt die Mehrheit dem Antrag



des Regierungsrates zu, den Auftrag nicht erheblich zu erklären. Die finanzielle Lage des Kantons lasse keine Steuersenkungen zu.

Beim Auftrag von Markus Knellwolf (glp, Zuchwil), der den Pendlerabzug begrenzen will, folgt die FIKO dem Antrag des Regierungsrates auf Erheblicherklärung. Der Bund möchte zukünftig den Pendlerabzug auf 3'000 Franken beschränken. Den Kantonen ist es freigestellt, ebenfalls eine Limite einzuführen. Mit der Erheblicherklärung soll die Frage einer eventuellen Begrenzung und die Höhe des Betrags vertieft diskutiert werden.